

BÜRGER



BETEILIGUNG

ZUM HAUSHALT

Diese Broschüre wurde
aufgrund eines Bürger -
vorschlages vom letzten
Jahr auf Recyclingpapier
gedruckt.

2013



INHALTSVERZEICHNIS

Inhaltsverzeichnis.....	Seite 2
Vorwort der Bürgermeisterin	Seite 3
Was ist ein Bürgerhaushalt?	Seite 4
Was ist ein Haushaltsplan?	Seite 4
Wo kommt das Geld her?.....	Seite 5
Entwicklung der Einnahmen 2009 bis 2013	Seite 6
Was macht die Gemeinde mit Ihrem Geld?	Seite 7
Entwicklung Ausgaben 2009 bis 2013.....	Seite 8
Informationen zum Haushaltsplan 2013	Seite 8
Geplante Investitionen 2013	Seite 9
Gesamtergebnishaushalt 2009 bis 2013	Seite 10
Vorstellung der Teilbudgets:	
Teilbudget I. Gemeindegremien.....	Seite 11
Teilbudget II. Innere Verwaltung.....	Seite 12
Teilbudget III. Bürgerservice	Seite 13
Teilbudget IV. Brand- und Katastrophenschutz.....	Seite 14
Teilbudget V. Sicherheit und Ordnung	Seite 15
Teilbudget VI. Heimat- und Kulturpflege	Seite 16
Teilbudget VII. Soziale Einrichtungen	Seite 17
Teilbudget VIII. Kindertagesstätten	Seite 18
Teilbudget IX. Öffentliche Einrichtungen	Seite 20
Teilbudget X. Hochbau	Seite 21
Teilbudget XI. Tiefbau	Seite 22
Teilbudget XII. Umweltbereich	Seite 23
Teilbudget XIII. Friedhöfe	Seite 24
Glossar / Begriffserklärungen.....	Seite 25
Beteiligungswege und Beteiligungszeitraum.....	Seite 26
Fragebogen	Seite 27

Layout:
jochum-mediaservices
Eichenstraße 17
63533 Mainhausen

VORWORT DER BÜRGERMEISTERIN

Liebe Bürgerin, lieber Bürger,

ungewohnt ist der Zeitpunkt der Einbringung des Haushaltsplanes für das Jahr 2013. Mir selbst ist nicht bekannt, dass den Gemeindegremien jemals ein Haushaltsplan vor der Sommerpause vorgelegt wurde. An dieser Stelle bedanke ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung, denn für die Verwaltung war diese frühe Einbringung ein Kraftakt. Trotzdem halte ich dieses Vorgehen für gut. So haben wir Zeit für die ausführliche Beratung und die Bürgerinnen und Bürger können sich ausführlich mit dem umfangreichen Zahlenwerk auseinandersetzen.

Denn so wie im letzten Jahr, wird auch in diesem Jahr der Haushaltsplan als Bürgerhaushalt gestaltet. Sie, die Bürgerinnen und Bürger Mainhausens, werden in den nächsten Wochen an der Planung beteiligt und aufgefordert die Möglichkeit der Einflussnahme auf die zu treffenden Entscheidungen zu nutzen. Mit dieser Form der Bürgerbeteiligung soll langfristig erreicht werden, dass die Bürger sich mit ihrer Gemeinde mehr identifizieren und Anteil an den Vorhaben und Maßnahmen nehmen und nicht die Politik von „oben herab“ alles regelt.

Ich bitte daher auch in diesem Jahr, diese Möglichkeiten zu nutzen und bin mir sicher, dass wieder zahlreiche interessante Vorschläge eingehen werden. Tatsache ist, einige der im Vorjahr eingereichten Vorschläge wurden geprüft und aufgegriffen. Einige Vorschläge sollen dieses Jahr erstmals umgesetzt werden. Dazu gehören beispielsweise der Wegfall der Zuschüsse für saisonale Veranstaltungen oder die Reduzierung der Vereinszuschüsse bei den Erwachsenen.

In der Presse wurde festgestellt, dass diese Form der Bürgerbeteiligung zu spät kommt, nämlich erst, seit die Finanzlage der Kommunen schlechter ist. Dem kann ich zustimmen, denn heute ist es, aufgrund der finanziellen Situation schwer eine Kommune „zu gestalten“. Heute müssen wir genau abwägen für was wir die Gelder ausgeben, wir müssen Prioritäten setzen und auch auf Dinge verzichten, die uns früher wichtig waren.

Alle Kommunen haben Schwierigkeiten ihre gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen. Immer mehr Aufgaben müssen von den Kommunen geleistet und finanziert werden.

Dazu kommen Aufgaben, die dem Gemeinwohl zu Gute kommen und Aufgaben, die uns die Selbstverwaltung erhalten.

Trotz der finanziellen Probleme kann zum Haushaltsplanentwurf 2013 Positives vermeldet werden:

- Eine **Kreditaufnahme** ist auch in diesem Jahr **nicht vorgesehen**, trotzdem ist die geplante **Investitionssumme** mit **863.000 €** höher, als in den letzten Jahren.
- Gleichzeitig ist die **Tilgung von Altschulden** in Höhe von **718.340 €** vorgesehen. Die **Darlehensschulden verringern** sich um diesen Betrag. Verglichen mit dem 31.12.2010 wird der Stand der Darlehensschulden zum 31.12.2013 **um rund 2 Mio. € sinken**.
- Eine Erhöhung des Kassenkredites ist nicht vorgesehen.
- Aufgrund der vorliegenden Steuerschätzungen wird sich das Aufkommen der Gewerbesteuer und der Einkommensteuer im Jahr 2013 erhöhen und voraussichtlich auch in Zukunft steigen.

Sollten die Steigerungen bei den Steuereinnahmen wie prognostiziert eintreten und die Einsparungen und Steuererhöhungen umgesetzt werden, kann der Haushalt im Jahr 2018 ausgeglichen sein. Eine solche Zukunftsaussicht gaben uns die Prognosen der letzten Jahre nicht und bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Ein Weg der viele Einschnitte mit sich bringen wird. Sicher ist es aber auch ein Weg, der sich lohnt, für unsere Gemeinde und für uns. Wenn Sie wollen, dass Politik für Sie, für die Menschen in unserer Gemeinde gemacht wird, nutzen Sie die Chance und beteiligen Sie sich an unserem Bürgerhaushalt. Ich freue mich auf Ihre Anregungen und Ideen.

Ihre Bürgermeisterin

Ruth Disser

ANSPRECHPARTNERIN

Bürgermeisterin Ruth Disser
E-Mail: r.disser@mainhausen.de
Telefon: 06182 | 89 00 61
Fax: 06182 | 89 00 77
Internet: www.mainhausen.de



Was ist ein Bürgerhaushalt?

Mit einem Bürgerhaushalt werden Teile des öffentlichen Haushalts unter direkter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger aufgestellt, wobei die Bürgerschaft, die Verwaltung und die gewählten Gremien durch ein kooperatives Verfahren miteinander verbunden werden. Auf diese Weise wird eine effektive bürgerschaftliche Mitgestaltung der öffentlichen Angelegenheiten ermöglicht.

Die Vorteile – für die Bürger ebenso wie für die Politik und die Verwaltung – liegen auf der Hand:

- Die Haushaltskonsolidierung erhält größeren Rückhalt in der Bürgerschaft.
- Die Prioritätensetzung geht nicht an den tatsächlichen Bedürfnissen der Bürger vorbei.
- Interessenklüngel und Klientelpolitik kann entgegen gewirkt werden.
- Das Vertrauen der Bürger in die Politik wird (wieder) hergestellt.
- Bürgerschaftliches Interesse am und Verantwortung für das Gemeinwesen werden geweckt.

Insgesamt kann ein Bürgerhaushalt dazu beitragen, das Vertrauen der Bürgerschaft in die örtliche Politik und in die Verwaltung wieder herzustellen und zu stabilisieren.

Ein Mehr an Demokratie trägt immer dazu bei, dass sich mehr Bürger für ihr Gemeinwesen interessieren und damit auch geneigt sind, mehr Verantwortung für die Zukunft ihrer Gemeinde zu übernehmen.

Im Mittelpunkt steht dabei ein effektives Informationssystem, das den Haushalt und seine Leistungen für den Bürger transparent macht. In Bürgerversammlungen, ergänzt durch eine schriftliche Bürgerbefragung, wird Ihre Meinung zur Schwerpunktsetzung und zu Einzelfragen der Haushaltsplanung eingeholt.

Am Ende werden die Ergebnisse dieser gemeinsamen Beratungen mit der Verwaltung abgestimmt und schließlich vom Parlament verabschiedet.

Was ist ein Haushaltsplan?

Der kommunale Haushaltsplan ist die Gegenüberstellung von Erträgen und Aufwendungen (Einnahmen und Ausgaben).

Die Gemeinden stellen jährlich einen Haushaltsplan auf und legen Rechenschaft darüber ab, wofür Ihre Steuern und Gebühren verwendet werden.

Auch Mainhausen ist verpflichtet, für Sie, die Bürgerinnen und Bürger, lebenswichtige Einrichtungen stetig, also ununterbrochen und krisenfest vorzuhalten. Die Gemeinden stehen dabei immer dann in der Verantwortung, wenn die Bürger auf einen Ansprechpartner vor Ort angewiesen sind. Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, eine rund um die Uhr einsatzbereite und gut ausgestattete Feuerwehr, Kindergärten, Friedhöfe. Diese Leistungen haben die Kommunen für Sie, die Einwohnerinnen und Einwohner sicher zu stellen – rund um die Uhr, 365 Tage im Jahr.



Die Gemeinden haben für ihre Haushalte Vorgaben von Land und Bund einzuhalten. Diese Vorgaben betreffen die Darstellung der kommunalen Haushalte. Sie ist für alle Städte, Gemeinden und Landkreise in Hessen in gleicher Weise vorgeschrieben.

Aber auch inhaltliche Vorgaben müssen die Gemeinden einhalten. Sie beziehen sich auf das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben (den Haushaltsausgleich), die Einnahmebeschaffung der Kommunen und stellen Grundsätze wie die Sparsamkeit und die Wirtschaftlichkeit in den Vordergrund. Die Vorgaben des Landes verpflichten die Kommunen weiter, ihre Aufgaben stetig zu erfüllen und auf die Erfordernisse der Wirtschaftslage Rücksicht zu nehmen. Die Gemeinden sind weiterhin verpflichtet, ihre laufenden Ausgaben grundsätzlich durch laufende Einnahmen zu finanzieren. Gerade das ist in Krisenzeiten schwierig.

Wo kommt das Geld her?

Für die Erbringung verschiedener Leistungen erheben die Kommunen Gebühren. Dazu kommt die Möglichkeit, Beiträge zu erheben. Diese Gebühren und Beiträge betreffen nur bestimmte Bereiche und müssen kostendeckend erhoben werden. Das Prinzip der Kostendeckung greift z. B. bei den Gebühren für Wasser und Abwasser. Bei anderen Aufgaben kommt eine Kostendeckung schon unter sozialen Gesichtspunkten nicht in Frage. So zahlen die Eltern für den Kindergarten beispielsweise nur bestimmte Beiträge, die in der Praxis bei weitem nicht kostendeckend sind.

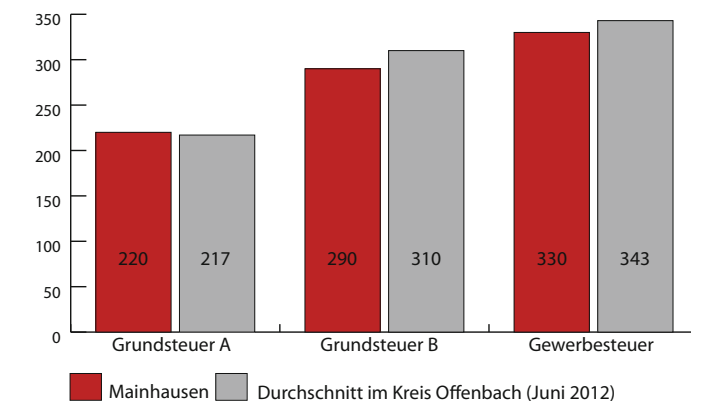
Damit bleibt eine Einnahmelücke. Diese wird durch die Erhebung von Steuern und aus den Anteilen, die die Kommune nach festen Regeln am Aufkommen an Einkommensteuer und Umsatzsteuer erhält, gedeckt. Die Gemeindeanteile an der Einkommensteuer sind eine wichtige Einnahmequelle. Sie werden nach einem Schlüssel verteilt, der auf der Einkommensteuerstatistik aufbaut. Die Möglichkeit der Einflussnahme hat eine Gemeinde hier nicht. Weil die Veranlagung der Einkommensteuer durch die Finanzämter Zeit braucht, liegt die Einkommensteuerstatistik immer erst einige Jahre nach Ablauf des Jahres vor, auf das sich die Statistik bezieht.

Über die Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuern können Gemeinden Einfluss auf die Höhe der Steuerlast nehmen – aber nur bei diesen beiden Steuern. Um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, sind jedoch weitere Maßnahmen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung notwendig.

Steuererhöhungen sind stets unpopuläre Maßnahmen. Es gibt viele Argumente dagegen. Trotzdem gibt es Zeiten, in denen sie unverzichtbar und dringend geboten sind. Die Kommunalaufsicht hat in der Vergangenheit die Hebesätze in Mainhausen stets sehr kritisch geprüft und Erhöhungen entsprechend dem Landesdurchschnitt gefordert. Der Haushaltsplanentwurf und das Konsolidierungskonzept sehen daher eine Anhebung der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer vor.

Diese Erhöhungen sind im Entwurf bereits berücksichtigt und auch nach dieser Erhöhung bewegen wir uns in etwa auf der Höhe der Nachbarkommunen bzw. dem Durchschnitt der Kommunen mit einer vergleichbaren Größenordnung.

Hebesätze Landkreis Offenbach im Vergleich



Die Gemeinde braucht diese Erhöhungen zum jetzigen Zeitpunkt u.a. auch aus Gründen der Generationengerechtigkeit. Trotz den geplanten Steuererhöhungen liegt ein Fehlbetrag von 496.697 € vor.

Einkommensteueranteil, Grundsteuern A und B, Gewerbesteuer und der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer machen den Löwenanteil der Einnahmen unserer Gemeinde aus. Dazu kommen noch die so genannten „kleinen Gemeindesteuern“. Auch mit ihnen erzielt die Kommune Einnahmen. Sie machen aber nur einen kleinen Teil der Steuereinnahmen der Gemeinde aus. Die eigenen Steuereinnahmen der Gemeinde reichen jedoch nicht aus, um alle Aufgaben zu finanzieren. Deswegen gewährt das Land aus seinen Steuereinnahmen weitere Zuweisungen an die Gemeinden, die so genannten Schlüsselzuweisungen.

Wie viel Schlüsselzuweisungen eine Gemeinde erhält, hängt wesentlich davon ab, wie viele eigene Steuereinnahmen sie hat. Städte und Gemeinden mit hohem eigenen Einkommen erhalten nur geringe, „ärmere“ Städte und Gemeinden höhere Schlüsselzuweisungen.

Die Schlüsselzuweisungen dienen also dazu, das eigene Einkommen der Gemeinde aufzustocken und sind somit von den Steuereinnahmen des Landes abhängig. Sinken diese, gehen auch die Schlüsselzuweisungen zurück, ohne dass die Gemeinde mehr



eigene Steuereinnahmen hätte. Schlüsselzuweisungen sind für die Gemeinden deshalb nicht verlässlich vorherzusagen, weil sie nach Maßgabe des Haushaltsplans des Landes Hessen verteilt werden. Hierüber entscheidet der Hessische Landtag in Wiesbaden

jährlich mit dem Haushaltsplan des Landes. Stellt der Landtag weniger Mittel für die Kommunen zur Verfügung, steht weniger Geld für Schlüsselzuweisungen bereit, was die ohnehin schwierige Finanzlage der Kommunen verschärft.

ENTWICKLUNG DER EINNAHMEN 2009 BIS 2013

Einnahme	2009 (Ergebnis)	2010 (Ergebnis)	2011 (Ergebnis)	2012 (Ansatz)	2013 (Ansatz)
Grundsteuer B	903.848 €	1.005.709 €	1.033.823 €	1.035.000 €	1.170.000 €
Grundsteuer A	7.610 €	7.632 €	8.933 €	7.700 €	7.600 €
Gewerbesteuer	2.837.425 €	1.684.764 €	3.749.916 €	2.800.000 €	3.400.000 €
Einkommensteuer	4.191.167 €	3.941.671 €	4.098.138 €	4.444.000 €	4.726.200 €
Umsatzsteuer	410.274 €	417.345 €	440.505 €	400.000 €	457.200 €
Sonstige Steuern	39.184 €	38.965 €	40.225 €	40.800 €	133.300 €
Schlüsselzuweisung	716.437 €	63.973 €	860.035 €	1.141.700 €	900.000 €
Familienleistungsausgleich	280.780 €	289.289 €	297.798 €	290.000 €	343.400 €
Gebühren allgemein	2.138.693 €	2.211.765 €	2.321.119 €	2.478.800 €	2.470.000 €
Bußgelder	141.485 €	136.175 €	154.502 €	225.000 €	250.000 €

WAS MACHT DIE GEMEINDE MIT IHREM GELD?

Die Gemeinden stellen jährlich einen Haushaltsplan auf und legen für jedes Jahr Rechenschaft darüber ab, wofür die Gelder verwendet werden, die bei den Einwohnerinnen und Einwohnern als Abgaben erhoben werden.

Wie bei uns allen im privaten Haushalt entstehen auch der Gemeinde Mainhausen Kosten für Materialeinkauf, Energie, Reparatur, Wartung und Instandhaltung. Und auch hier gilt das Prinzip, je älter ein Gebäude ist und je weniger Instandhaltung erfolgte, desto höher sind die Kosten für Reparaturen und vor allem für Energie.

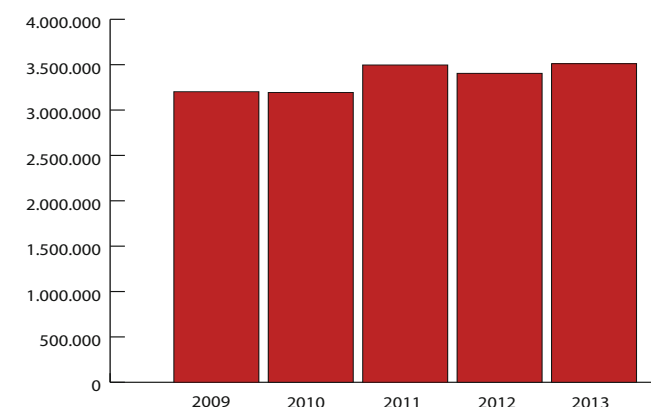
Personalaufwendungen betreffen den finanziellen Aufwand der Gemeinde für die 74 laut Stellenplan aktuell aktiv Beschäftigten (z. B. durch Arbeitnehmerentgelte, Beamtenbezüge, Sozialabgaben) sowie die nicht mehr aktiv Beschäftigten (z. B. durch Versorgungsbezüge). Die Erhöhung des Dienstleistungsangebotes, Erweiterung des Aufgabengebietes und Tarifierhöhung führen hier direkt zu Mehrausgaben. Neben der Kreis- und Schulumlage, sind die Personalkosten einer der größten Ausgabenposten. Die Erhöhung ist aber nicht einem Mehr an Personal geschuldet. Die Personalausgaben verändern sich entsprechend den tariflichen Abschlüssen.

Im Gegenteil – es wurden und werden Stellen abgebaut. So wurde schon in 2012 eine Teilzeitstelle nicht wieder besetzt und es ist vorgesehen die Stelle der Standesbeamtin durch Umstrukturierung im Bereich Bürgerservice ohne Neubesetzung auszufüllen.

werden müssen. Hierzu gehört insbesondere die sehr aufwendige Grünflächenpflege in Mainhausen. Diese Veränderungen im Personalbereich werden allerdings nicht zu einer großen Kostenreduzierung führen, wie die vorgenannten Zahlen belegen.

Steuern und Umlagen betreffen Steuern und andere Abgaben, die die Gemeinde im Rahmen ihrer Tätigkeit zahlt (z.B. KFZ-Steuer) und Zahlungen, die sie an Bund, Land und Landkreis aufgrund ihrer eigenen Einnahmen zahlt (die so genannten Umlagen). Umlagen sind in der Sache so etwas wie Steuern auf das „Einkommen“ der Gemeinde. Die Gemeinde erzielt Einnahmen, aber Bund, Land und Landkreis verdienen mit. In den kreisangehörigen Gemeinden machen so genannte Umlageverpflichtungen einen großen Teil dieser Aufwendungen aus. Die Umlageverpflichtung bedeutet, dass die Gemeinde nicht alle Steuereinnahmen behält, die ihr zufließen. Ein großer Teil davon wird in Form von Umlagen an den Landkreis, den Bund und das Land weitergegeben. So sind Land und Bund an den Einnahmen aus der Gewerbesteuer durch die so genannte Gewerbesteuerumlage beteiligt. Aber auch der Kreis Offenbach ist an dem Gewerbesteueraufkommen beteiligt. Über die Kreisumlage und die Schulumlage ist auch der Kreis an den Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden in gewissem Umfang beteiligt. Auf diese Weise erhält der Landkreis die Einnahmen, die er zur Erfüllung seiner Aufgaben braucht. Der Landkreis selbst verfügt nämlich nicht über eigene steuerliche Einnahmequellen. Seine Aufgaben liegen schwerpunktmäßig in den Bereichen Bildung (Schulträgerschaft) und soziale Sicherung der Jugendhilfe.

Entwicklung der Personalaufwendungen 2009 -2013



In den kommenden zwei Jahren gehen zwei weitere Mitarbeiter des Bauhofs in den wohlverdienten Ruhestand. Auf die Wiederbesetzung kann verzichtet werden, wenn bestimmte Aufgaben künftig nicht mehr erfüllt

Abschreibungen belasten unseren kommunalen Haushalt ganz erheblich. Auch das Vermögen der Gemeinde nutzt sich ab. Diese Wertminderung führt zu einem Aufwand, der den Haushalt der Gemeinde belastet. Im Haushaltsplanentwurf 2013 sind allein 1,7 Mio € für Abschreibungen vorgesehen. Ohne diese Belastung würde der Haushaltsplan einen Überschuss ausweisen und es würden sich Handlungsspielräume ergeben. Die Gemeinden weisen Abschreibungen allerdings aus einem sehr wichtigen Grund aus: Erwirtschaftet die Gemeinde die Abschreibungen nicht, hinterlassen wir der nachfolgenden Generation ein marodes Bauwerk, jedoch nicht die finanziellen Mittel, um dieses Bauwerk zu ersetzen bzw. grundlegend zu renovieren (Stichwort: Sanierungsstau). Also ist die Ausweisung des Aufwandes wichtig und gesetzlich vorgeschrieben.



ENTWICKLUNG AUSGABEN 2009 BIS 2013

Ausgaben	2009 (Ergebnis)	2010 (Ergebnis)	2011 (Ergebnis)	2012 (Ansatz)	2013 (Ansatz)
Personalaufwendungen	3.202.116 €	3.193.563 €	3.412.179 €	3.404.450 €	3.511.500 €
Gewerbesteuerumlage	602.550 €	368.789 €	847.387 €	616.000 €	704.000 €
Kreis- und Schulumlage	4.729.538 €	3.588.759 €	5.649.841 €	4.914.300 €	5.589.500 €
Planungsverband	37.294 €	44.678 €	42.663 €	45.000 €	45.000 €
Abschreibungen	1.342.629 €	1.549.790 €	1.622.597 €	1.754.250 €	1.792.800 €
Jahresergebnis	-1.106.076 €	-1.656.682 €	-889.775 €	-922.532 €	-496.697 €

INFORMATIONEN ZUM HAUHALTSPLAN 2013

Viele Möglichkeiten bietet auch der Haushaltsplan für das Jahr 2013 nicht.

In den Jahren 2004 bis 2011 wurde in Mainhausen viel investiert und dadurch wurden Werte erhalten oder gar neu geschaffen. Diese Investitionen waren richtig und wichtig. Vor allem waren diese Investitionen dringend notwendig.

In diesen Jahren wurden allein für die dringend erforderliche Sanierung der Straßen sowie der Kanal- und Wasserleitungen 13.104.541 € verausgabt. Für die Betreuungseinrichtungen an unseren Grundschulen, neue Spielgeräte auf unseren Spielplätzen, die Feuerwehrhäuser, die Erweiterung und Sanierung der Kath. Kindertagesstätte in Zellhausen, die energetische Sanierung des Bürgerhauses Mainflingen und neue Anlagen für das Bürgerhaus Zellhausen wurden bis einschließlich 2011 rund 9,5 Mio. € investiert.

Und investieren müssen wir auch weiterhin, investieren in die Zukunft unserer Gemeinde.

So zum Beispiel in den Erhalt der gemeindeeigenen Gebäude. Genau diese notwendigen Investitionen konnten wir uns 2012 nicht leisten und viel besser sieht die Situation auch für 2013 nicht aus.

Die Verwaltung hat im vorliegenden Haushaltsplan die Reparaturen, Ersatzbeschaffungen und Investitionen auf ein Minimum gekürzt. Es kann nur noch das Notwendigste gemacht werden.

Auf der folgenden Seite finden Sie eine Auflistung der im Jahr 2013 geplanten Maßnahmen (Anschaffungen über 1.000 €).

GEPLANTE INVESTITIONEN 2013

Im Haushaltsplan 2013 vorgesehene Mittel für Reparaturen, Ersatzbeschaffungen und Investitionen (Maßnahmen über 1.000 €):

Fenster Rathaus Zellhausen	10.000 €	Ergebnishaushalt
Ausstattungsgegenstände für beide Rathäuser	20.000 €	Finanzhaushalt
Toiletten Rathaus Mainflingen	35.000 €	Ergebnishaushalt
Katastrophenschutzfahrzeug LF 10/6	155.000 €	Finanzhaushalt
Ersatzbeschaffung für Einsatzgeräte Feuerwehr	27.460 €	Finanzhaushalt
Gemeindeanteil am Projekt „Betreutes Wohnen“ und Bücherei	172.000 €	Finanzhaushalt
Zuschuss Sanierung Kath. KITA Mainflingen	22.900 €	Ergebnishaushalt
Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren	30.000 €	Finanzhaushalt
Ersatzbeschaffungen Kinderspielplätze	1.000 €	Finanzhaushalt
Sporthalle Zellhausen Reparaturen	4.000 €	Ergebnishaushalt
Reparaturen Gemeindewohnungen	22.000 €	Ergebnishaushalt
Wasserleitungen, Hydranten, Schieber	377.000 €	Finanzhaushalt
Abwasserbeseitigung, Erneuerung Hausanschlüsse	20.000 €	Finanzhaushalt
Reparaturen Abwasserbereich	100.000 €	Ergebnishaushalt
Einführung Abwassergebührensplitting	20.000 €	Ergebnishaushalt
Reparaturen an den Friedhofshallen	8.000 €	Ergebnishaushalt
Fenster Bürgerhaus Zellhausen	25.000 €	Ergebnishaushalt
Geräte für Bauhof	52.000 €	Finanzhaushalt
Straßenreparaturen	26.800 €	Ergebnishaushalt

Gerade hier kommen auch Sie, die Bürgerinnen und Bürger ins Spiel:

**Was halten Sie für das Notwendigste?
Welche Maßnahmen können Ihrer Ansicht nach geschoben werden?**

Wir hoffen, dass Sie sich durch diese Broschüre ein Bild machen können und dass Sie sich zahlreich an unserem Bürgerhaushalt beteiligen.



GESAMTERGEBNISHAUSHALT 2009 BIS 2013

Der Gesamtergebnishaushalt ist die Gegenüberstellung der gesamten Erträge und Aufwendungen für das Haushaltsjahr. Das Land Hessen legt hier eine wichtige Regel fest, die bereits bei den vorangegangenen Erläuterungen genannt wurde:

„Der Haushaltsplan soll nach § 92 Abs. 4 Satz 1 HGO in jedem Jahr ausgeglichen sein.“ Diesen Grundsatz hat Mainhausen seit 2010, nicht erreicht und das wird uns auch im Jahr 2013 nicht gelingen.

Gesamtergebnishaushalt	2009 (Ergebnis)	2010 (Ergebnis)	2011 (Ergebnis)	2012 (Ansatz)	2013 (Ansatz)
Erträge	15.510.646 €	13.575.198 €	16.756.353 €	15.409.910 €	16.518.480 €
Aufwendungen	16.616.723 €	15.231.880 €	17.646.129 €	16.332.442 €	17.015.177 €
Ergebnis	-1.106.077 €	-1.656.682 €	-889.776 €	-922.532 €	-496.697 €

Ziehen wir von dem Ergebnis 2013 allein die Aufwendungen für die Abschreibungen in Höhe von rund 1,8 Mio. € ab, würde der Haushaltsplanentwurf für das kommende Jahr einen Überschuss von rund 1,3 Mio. € ausweisen.

Auf den folgenden Seiten werden die Teilbudgets des Haushaltes der Gemeinde Mainhausen „unter die Lupe genommen“. Damit können Sie sich ein besseres Bild von den Einnahmen und Ausgaben in den einzelnen Bereichen machen.



I. GEMEINDEGREMIIEN

Im Budget „Gemeindegremien“ werden die drei Produkte Gremien, Rechnungsprüfungssamt und Wahlen zusammengefasst.

Demokratie kostet Geld.

Die kommunalen „Organe“ wie Gemeindevertretung, Ausschüsse und Gemeindevorstand sind aufgrund gesetzlicher Regelungen zu finanzieren. Ebenso verhält es sich mit den Ausgaben für die Wahlen.

Dieser Teil der gemeindlichen Haushaltsführung ist somit von Pflichtausgaben geprägt. Der überwiegende Teil der Ausgaben entfällt auf Personal- und Sachausgaben.

Eine Kostenreduzierung kann in diesem Bereich seit 2011 festgestellt werden. Die Gemeindevertretung wurde von 31 auf 27 Sitze reduziert, ein Ausschuss wurde aufgelöst und die Anzahl der Mitglieder in den verbliebenen Ausschüssen verringert. Eine weitere Reduzierung im Bereich der Gemeindegremien ist erst wieder zur nächsten Legislaturperiode möglich und den Willen hierzu hat die Gemeindevertretung bereits per Beschluss festgelegt.

Einnahmen entstehen in diesem Bereich zum Beispiel durch die Erstattung von Wahlkosten für die anstehende Bundestags- und Landtagswahl.

Kostenaufstellung

	2013
Personal- und Versorgungsaufwendungen	269.600 €
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen inkl. Aufwand für ehrenamtliche Tätigkeiten und Kosten für den Bürgerhaushalt	117.700 €
Abschreibungen	200 €
Zuschüsse an die Fraktionen	1.872 €

Erträge

Kostenersatzleistungen und Erstattungen	100 €
Erträge aus Transferleistungen	200 €
Sonstige ordentlichen Erträge	45.100 €

Interne Leistungsverrechnung

Aufwendungen für Leistungen der EDV, des Personalamtes und des Bauhofs	8.017 €
Aufwendungen für Leistungen des Hauptamtes (50 %)	89.858 €

Gesamtkosten	487.247 €
Gedekte Kosten	45.400 €
Zuschuss aus Steuern	441.847 €



II. INNERE VERWALTUNG

Die „innere Verwaltung“ beinhaltet die klassischen „Ämter“ Personalverwaltung, EDV, Gemeindekasse und die Einrichtungen der Verwaltung (Rathäuser). Das Gesamtbudget ist geprägt von Pflichtaufgaben. Die Beschäftigten sind nach dem geltenden Tarifrecht zu entlohnen.

Öffentliche Bekanntmachungen sind zwingend vorgeschrieben, ebenso wie die Unterstützung des Personalrates. Hinzu kommen die anteiligen Kosten der Hauptverwaltung sowie des Liegenschaftsamtes. Die Mitarbeiter der hieraufgeführten Bereiche erfüllen weitgehend Leistungen für die anderen Arbeits-

bereiche. Die Tätigkeiten sind geprägt von Pflichtaufgaben wie beispielsweise die Verwaltung des kommunalen Vermögens, die Verbuchung sämtlicher Ein- und Auszahlungen, Bekanntgabe der Satzungen oder Ermittlung der Lohnkosten für alle Mitarbeiter.

Neben den Lohn- und Sachkosten (wie z. B. Leasingraten, Aufwendungen für Versicherungen, Strom- und Gasversorgung der beiden Verwaltungsstellen) werden auch die Abschreibungen für die EDV Anlagen, die Büromöbel und die Rathausgebäude veranschlagt.

Kostenaufstellung	2013
Personal- und Versorgungsaufwendungen	262.700 €
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen inkl. EDV-Ausstattung der Verwaltung und Kosten für das gemeinsame Personalamt mit der Stadt Seligenstadt.	333.900 €
Abschreibungen	13.600 €
Sonstige ordentliche Aufwendungen	500 €
Erträge	
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte / Gebühren	18.200 €
Kostenersatzleistungen und Erstattungen	11.400 €
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse	4.000 €
Interne Leistungsverrechnung	
Positiver Saldo für Leistungen in anderen Bereichen	+233.410 €
Aufwendungen für Leistungen des Hauptamtes (50 %)	89.856 €
Aufwendungen für Leistungen des Liegenschaftsamtes (10 %)	17.973 €
Gesamtkosten	718.529 €
Gedekte Kosten	267.010 €
Zuschuss aus Steuern	451.519 €



In diesem Bereich sind für 2013 Investitionen für den Erwerb von Kleingeräten für die EDV, Büromöbel geplant. Ebenso soll der Leasingvertrages für die Richtfunkstrecke abgelöst werden.

III. BÜRGERSERVICE

Hierunter fallen die Aufwendungen für das Meldeamt, die Standesamtsverwaltung und die Wirtschaftsförderung. Auch hierbei handelt es sich überwiegend um Pflichtaufgaben, die gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu erfüllen sind.

Hierzu zählen die zahlreichen melderechtlichen Angelegenheiten und die Ausgabe der Personal- und Reisepässe ebenso, wie die Erhebung von Daten im Rahmen des Lohnsteuerabzuges, die Ausstellung der Bescheinigungen für die unterschiedlichsten Zwecke, Vornahme von Trauungen und Einbürgerungen sowie Namensänderungen.

Durch einen Renteneintritt und interne Umverteilung können im Bereich Bürgerservice die Lohnkosten um rund 20.000 € verringert werden, ohne dass sich der Service für die Bürgerinnen und Bürger verschlechtert.

Es entstehen allerdings auch Ausgaben in erheblichem Umfang für die Erstellung der Ausweise und Benutzungsentgelte für die Bereitstellung der Daten.

Aufgrund der vom Gesetzgeber festgelegten Gebühren für die Ausweise und der kommunalen Regelungen in der Verwaltungsgebührensatzung stehen diesen Ausgaben auch erhebliche Einnahmen gegenüber. Eine Kostendeckung ist jedoch aufgrund der vorgegebenen „Verkaufspreise“ bei den Ausweisen und Pässen nicht möglich.

Im Rahmen der Wirtschaftsförderung wird die Ansiedlung von Betrieben gefördert und die Kontakte zum Gewerbeverein und den ortsansässigen Unternehmen gepflegt.

Kostenaufstellung	2013
Personal- und Versorgungsaufwendungen	271.800 €
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	91.730 €
Abschreibungen	800 €
Erträge	
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte / Gebühren	83.000 €
Kostenersatzleistungen und Erstattungen	1.100 €
Interne Leistungsverrechnung	
Aufwendungen für Leistungen der EDV, des Personalamtes und des Bauhofs	21.566 €
Gesamtkosten	385.896 €
Gedekte Kosten	84.100 €
Zuschuss aus Steuern	301.796 €



IV. BRAND- UND KATASTROPHENSCHUTZ

Das Budget „Brand- und Katastrophenschutz“ hält die beiden Produkte „Brandschutz“ und „Katastrophenschutz“ für den Bürger bereit. Die Freiwilligen Feuerwehren von Mainflingen und Zellhausen sind Feuerwehren im klassischen Sinn und erledigen viele andere Aufgaben für die Bürger und Bürgerinnen, wie z.B. technische Hilfeleistung bei Verkehrsunfällen oder Beseitigung von Ölsuren sowie die Unterstützung bei Personensuchen. Im Bedarfsfall sind die Feuerwehren auch über die Ortsgrenzen hinaus im Einsatz. Die Feuerwehr von Mainflingen übernimmt auch Rettungsaufgaben auf der Bundeswasserstraße Main.

Die Vorhaltung einer Feuerwehr ist eine Pflichtaufgabe der Gemeinde und unterliegt gesetzlichen Regelungen. Die Standards für die technische und persönliche Ausstattung sind zu Recht sehr hoch.

Die Anschaffung von Rettungsgeräten und Fahrzeugen, die Unterhaltung der Atemschutzwerkstatt und die Reparatur des Fuhrparks sind sehr kostenintensiv. Bei der Betrachtung der Kosten darf jedoch nicht vergessen werden, dass die Gesamtleistung der Feuerwehr durch erhebliches ehrenamtliches Engagement der aktiven Feuerwehrleute getragen wird.

Kostenaufstellung	2013
Personal- und Versorgungsaufwendungen	63.700 €
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen inkl. Aufwand für ehrenamtliche Tätigkeiten und Erstattungen für Lohnausfall	185.550 €
Abschreibungen	279.500 €
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	4.500 €
Erträge	
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte / Gebühren	3.000 €
Kostenersatzleistungen und Erstattungen	3.000 €
Erträge aus Auflösungen von Sondervermögen	22.900 €
Interne Leistungsverrechnung	
Aufwendungen für Leistungen der EDV, des Personalamtes und des Bauhofs	57.419 €
Gesamtkosten	590.669 €
Gedekte Kosten	28.900 €
Zuschuss aus Steuern	561.769 €



Der Brand- und Katastrophenschutz hat einen hohen Stellenwert, der nicht nur durch die gesetzlichen Bestimmungen festgelegt ist. Hierbei ist der direkte Schutz der Bürgerinnen und Bürger das wichtigste Anliegen.

Um den Schutz zu gewährleisten sind immer wieder hohe Investitionen erforderlich. Für 2013 steht die Ersatzbeschaffung eines Fahrzeuges der Feuerwehr an. Das alte Fahrzeug ist heute schon mehr als 30 Jahre alt, was eine Neuanschaffung schon aufgrund der Gesetzeslage erforderlich macht.

V. SICHERHEIT UND ORDNUNG

Sicherheit und Ordnung ist allen Menschen ein wichtiges Bedürfnis, das sich an notwendigen Regelungen und Gesetzen orientiert und deshalb von einer Kommune zu gewährleisten ist. In diesem Arbeitsbereich werden Angelegenheiten des ruhenden und fließenden Verkehrs, des Gaststättenrechts und Sachverhalte wegen der Beseitigung der Obdachlosigkeit bearbeitet.

Neben den Kosten für das beschäftigte Personal entstehen Ausgaben für die Unterhaltung der Verkehrsüberwachungsanlagen. Erhebliche Einnahmen können an Verwaltungsgebühren für die erbrachten Dienstleistungen und aufgrund der Verwarnungsgelder

verbucht werden. In den Jahren 2010 und 2011 wurden jeweils rund 7.000 Fälle von Ordnungswidrigkeiten bearbeitet und rund 1.000 Gewerbe-, um- und abmeldungen.

Dies ist allerdings nur ein kleiner Teil der Aufgaben. Nahezu jährlich gibt es Änderungen im Aufgabengebiet aufgrund der gesetzlichen Vorgaben und immer mehr Aufgaben des Landes werden nach „unten“ delegiert. Dem Budget sind auch die Bereiche Ortsgericht und Schiedsmannwesen zugeordnet. Ausgaben für freiwilligen Leistungen entstehen in diesem Bereich nicht.

Kostenaufstellung	2013
Personal- und Versorgungsaufwendungen	191.400 €
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	76.930 €
Abschreibungen	8.450 €
Sonstige ordentliche Aufwendungen	200 €
Erträge	
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte / Gebühren	278.000 €
Kostenersatzleistungen und Erstattungen	200 €
Interne Leistungsverrechnung	
Aufwendungen für Leistungen der EDV, des Personalamtes und des Bauhofs	10.782 €
Gesamtkosten	287.762 €
Gedekte Kosten	278.200 €
Zuschuss aus Steuern	9.562 €



VI. HEIMAT- UND KULTURPFLEGE

In diesem Budget sind die Produkte Musikpflege, Büchereien, Heimat- und Kulturpflege, freiwillige soziale Leistungen und die Förderung des Sports zusammengefasst. Die hier veranschlagten Ausgaben betreffen die finanzielle Förderung der Musik- und Gesangsvereine, der Sportvereine, der auf den Gebieten Natur- und Umweltschutz sowie die in zahlreichen anderen Bereichen tätigen Vereine.

Bei den hier anfallenden Ausgaben handelt es sich grundsätzlich um freiwillige Leistungen, die in den Richtlinien zur Vereinsförderung geregelt sind. Bei defizitären Haushalten fordert die Kommunalaufsicht immer wieder Kürzungen bei diesen freiwilligen Leistungen. Dieser Forderung werden wir in diesem Jahr ein Stück weit nachkommen müssen. Daher

haben wir Kürzungen bei der Vereinsförderung vorgesehen. Die Förderungsbeträge für erwachsene Vereinsmitglieder soll um 20 % reduziert werden. Bei der Förderung der Jugendarbeit ist keine Kürzung vorgesehen, denn gerade im Kinder- und Jugendbereich leisten die Vereine hervorragende Arbeit. Eine weitergehende Reduzierung der Vereinsförderung oder gar eine Streichung dieser freiwilligen Leistung halten wir für kontraproduktiv, da die sportliche und kulturelle Betätigung einen ganz wesentlichen Anteil am gemeindlichen Leben darstellt und ohne diese Förderungen Mainhausen keine „liebenswerte“ Gemeinde mehr ist.

Berücksichtigung finden hier auch die anteiligen Kosten der Sozial- und der Liegenschaftsverwaltung.

Kostenaufstellung	2013
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.600 €
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	58.600 €
Abschreibungen	2.150 €
Interne Leistungsverrechnung	
Aufwendungen für den Bauhof	94 €
Aufwendungen für Leistungen der Sozialverwaltung	14.524 €
Aufwendungen für Leistungen des Liegenschaftsamtes	17.973 €
Gesamtkosten	96.941 €
Gedekte Kosten	0 €
Zuschuss aus Steuern	96.941 €

VII. SOZIALE EINRICHTUNGEN

Neben den Kosten für die Einrichtungen der Jugendarbeit, wie zum Beispiel die Spielplätze, sind hier auch die anteiligen Kosten für die Verwaltung der Kinder- und Jugendangelegenheiten und Kosten der allgemeinen Sozialverwaltung aufgeführt.

Hinzu kommen die Ausgaben für die Suchtberatung, die Hausaufgabenhilfe und die Förderung der beiden Grundschulvereine. Auch hier handelt es sich um sogenannte „freiwillige Leistungen“, die die Kommune erbringen kann aber nicht erbringen muss.

Die Unterhaltung der Spielplätze oder die Durchführung von Ferienspielen sind keine gesetzlichen Pflichtaufgaben.

Unabhängig davon werden die hier veranschlagten Aufwendungen für den Unterhalt und die Reparatur der Spielgeräte, die Kosten für die Betreuer und die Mittagsversorgung bei den Ferienspielen als notwendig erachtet.

Kostenaufstellung	2013
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.000 €
Abschreibungen	11.700 €
Erträge	
Erträge aus Auflösung von Sondervermögen	3.600 €
Interne Leistungsverrechnung	
Anteilige Kosten Soziale Hilfe (40 Prozent)	58.098 €
Anteilige Kosten Jugendarbeit (50 Prozent)	50.397 €
Aufwendungen für Leistungen der EDV, des Personalamtes und des Bauhofs	17.677 €
Gesamtkosten	141.872 €
Gedekte Kosten	3.600 €
Zuschuss aus Steuern	138.272 €

In Mainhausen haben wir insgesamt acht Spielplätze (vier je Ortsteil), einen Jugendplatz und eine Skateranlage. Alle Anlagen und Spielgeräte befinden sich in einem guten Zustand und werden regelmäßig kontrolliert, vom Unrat befreit und bei Bedarf werden Reparaturen vorgenommen.

Der Aufwand hierfür ist enorm und die Nutzung der Anlagen sehr unterschiedlich. Aufgrund der Finanzlage der Gemeinde und mit Blick auf den Demografischen Wandel ist im Haushaltskonsolidierungskonzept die Umwandlung von einem Spielplatz je Ortsteil zur Wohnbebauung vorgesehen.

Die vorhandenen Spielgeräte sollen auf die bestehenden Spielplätze und Anlagen für Kinder verteilt werden, was zu einer Aufwertung der verbleibenden sechs Spielplätze führt.

Durch diese Maßnahme können Einnahmen zur Schuldentilgung erzielt werden und die Kosten für die Unterhaltung der Anlagen für die Zukunft reduziert werden.



VIII. KINDERTAGESSTÄTTEN

Das Budget „Kindertagesstätten“ bietet die Kinderbetreuung in beiden Ortsteilen an. In drei kommunalen Einrichtungen, zwei konfessionellen und der von einem Verein getragenen privaten Kindertagesstätte „Villa Kunterbunt“ werden ausreichend Plätze für die 3 bis 6 jährigen der Gemeinde vorgehalten. Weiterhin gibt es Angebote für die Betreuung der 2 Jahre alten Kinder.

Die Gemeinde stellt sich mit ihrer anspruchsvollen Konzeption für ihre Kindertagesstätten den heutigen Herausforderungen und sieht darin eine wichtige Prioritätensetzung zur Gestaltung der Zukunft Mainhausens. Gerade deshalb leistet die Kommune in diesem Bereich, beispielsweise mit den verlängerten Öffnungszeiten, erheblich mehr, als dies nach den gesetzlichen Vorschriften des Landes erforderlich ist. Naturgemäß entstehen in diesem Bereich erhebliche Personal- und Sachkosten. Die beiden konfessionellen

Einrichtungen und der Träger der privaten Einrichtung werden mit Zuschüssen in beachtlicher Höhe gefördert. Hinzu kommen noch die Aufwendungen für die Abschreibungen der Gebäude und der darin enthaltenen Einrichtungen.

Den Ausgaben stehen die Gebühren der Eltern für die Betreuung und den Mittagstisch sowie staatliche Zuschüsse wegen des kostenlosen 3. Kindergartenjahres usw. gegenüber.

Diese Einnahmen reichen jedoch bei weitem nicht aus, um das Budget auch nur annähernd kostendeckend zu gestalten. Der Bereich Kindertagesstätten gehört somit zu den Bereichen, die ganz erheblich aus allgemeinen Steuermitteln subventioniert werden müssen. Um hier eine Anpassung zu erreichen, ist die Erhöhung der Gebühren vorgesehen.

Kostenaufstellung

	2013
Personal- und Versorgungsaufwendungen	1.076.100 €
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	195.800 €
Abschreibungen	80.800 €
Aufwendungen für Zuwendungen und Zuschüsse inkl. der Zuschüsse für die Katholischen KITAs und die Villa Kunterbunt	690.600 €

Erträge

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte / Gebühren	226.000 €
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse	20.300 €
Kostenersatzleistungen und Erstattungen	50.200 €
Sonstige ordentliche Erträge	5.000 €

Interne Leistungsverrechnung

Aufwendungen für Leistungen des Liegenschaftsamtes	35.946 €
Anteilige Kosten Soziale Hilfe	72.622 €
Anteilige Kosten Jugendarbeit	50.397 €
Aufwendungen für Leistungen der EDV, des Personalamtes und des Bauhofs	114.827 €

Gesamtkosten	2.317.092 €
Gedekte Kosten	301.500 €
Zuschuss aus Steuern	2.015.592 €

Für das Jahr 2013 ist die Schaffung von weiteren Plätzen für Kinder unter 3 Jahren vorgesehen. Diese Plätze sind zur Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben und für die Bedarfsabdeckung in Mainhausen erforderlich.



IX. ÖFFENTLICHE EINRICHTUNGEN

In diesem Abschnitt werden die Aufwendungen und Erträge für die Sportplätze, die Sporthallen, das Vereinsheim am Main, die beiden Bürgerhäuser, das Schwesternhaus, das Alte Rathaus sowie die Festplätze in beiden Ortsteilen aufgeführt. Weiterhin sind anteilige Kosten der Liegenschafts- und der Hochbauverwaltung enthalten.

Für die Unterhaltung dieser für eine Gemeinde mit rund 9.000 Einwohner zahlreichen Gebäude und Anlagen müssen jedes Jahr erhebliche Mittel aufgewendet werden, um die Bausubstanz zu erhalten und

eine Nutzung für die unterschiedlichsten Zwecke zu ermöglichen. Entsprechend hoch sind daher auch die Kosten für die Bewirtschaftung.

Neben den Kosten für die Hausverwaltung entstehen auch Beträge für die Versicherung und die Instandhaltung der Einrichtungen. Diesen hohen Beträgen stehen die Benutzungsentgelte, Mietzahlungen und Kostenerstattungen gegenüber.

Kostenaufstellung	2013
Personal- und Versorgungsaufwendungen	1.200 €
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	277.000 €
Abschreibungen	202.050 €
Erträge	
Privatrechtliche Leistungsentgelte	59.300 €
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte / Gebühren	11.600 €
Kostenersatzleistungen und Erstattungen	22.500 €
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse	29.000 €
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	21.000 €
Sonstige ordentliche Erträge	100 €
Interne Leistungsverrechnung	
Aufwendungen für Leistungen des Liegenschaftsamtes	89.864 €
Anteilige Kosten Hochbau	88.280 €
Aufwendungen für Leistungen der EDV, des Personalamtes und des Bauhofs	86.279 €

Gesamtkosten	744.673 €
Gedekte Kosten	143.500 €
Zuschuss aus Steuern	601.173 €



X. HOCHBAU

In diesem Budget sind die Produkte Städteplanung, Wohnungsbau, Bauhof und Teile des Hochbauamtes (Bauberatung, Bauanträge) sowie des Liegenschaftsamtes enthalten.

Zum Wohnungsbau gehören die vorhandenen Gemeindewohnungen sowie ein vermietetes Gewerbeobjekt. Entsprechend sind in diesem Bereich die Miet-

einnahmen veranschlagt, denen Kosten für die Bauunterhaltung und das Personal sowie Vermessungskosten und Aufwendungen für die Erstellung der Bebauungspläne gegenüber stehen.

Die Dienstleistungen im Bereich der Bauberatung und der Bearbeitung der Bauanträge erfolgen ohne die Erhebung von Gebühren durch die Gemeinde.

Kostenaufstellung	2013
Personal- und Versorgungsaufwendungen	636.850 €
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	140.900 €
Abschreibungen	70.400 €
Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.000 €
Erträge	
Privatrechtliche Leistungsentgelte	115.000 €
Kostenersatzleistungen und Erstattungen	32.100 €
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	54.200 €
Interne Leistungsverrechnung	
Aufwendungen für Leistungen des Liegenschaftsamtes	17.973 €
Positiver Saldo für Leistungen in anderen Bereichen	+ 728.121 €
Anteilige Kosten Hochbau	37.845 €

Gesamtkosten	907.968 €
Gedekte Kosten	929.421 €
Zuschuss aus Steuern	+21.453 €



XI. TIEFBAU

Hier sind die Produkte Elektrizität und DSL, Gas- und Wasserversorgung, die Abwasserbeseitigung, der Straßenbau und die Straßenbeleuchtung enthalten. Weiterhin werden anteilige Kosten für das Tiefbauamt veranschlagt.

Für die Zurverfügungstellung der Flächen bei der Gas- und Stromversorgung erhält die Gemeinde Konzessionsabgaben, die von den Umsätzen der Versorgungsbetriebe abhängig sind.

Mit diesen Einnahmen müssen die in erheblichem Umfang defizitären Bereiche Straßenbau und Straßenbeleuchtung subventioniert werden, da hier keine nennenswerten Einnahmen entstehen.

Die weiteren Gebührenhaushalte wie Kanal und Wasser sind kostendeckend abzurechnen. Somit werden hier ständig Einnahmen und Ausgaben geprüft.

Kostenaufstellung	2013
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	961.196 €
Abschreibungen	981.700 €
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	670.000 €
Erträge	
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte / Gebühren	1.500.000 €
Privatrechtliche Leistungsentgelte	550.900 €
Kostenersatzleistungen und Erstattungen	52.500 €
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse	11.000 €
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	492.700 €
Sonstige ordentliche Erträge	301.000 €
Interne Leistungsverrechnung	
Aufwendungen für Leistungen des Tiefbauamtes	32.766 €
Aufwendungen für Leistungen der EDV, des Personalamtes und des Bauhofs	435.408 €
Gesamtkosten	3.081.070 €
Gedeckte Kosten	2.908.100 €
Zuschuss aus Steuern	172.970 €

Für die Erneuerung von Wasserhausanschlüssen und Wasserleitungen, von Hydranten und Schiebern werden für das Jahr 2013 im investiven Bereich 217.000 € bereitgestellt.

Weiterhin stehen für Wasserleitung und Löschwasserversorgung 160.000 € bereit.



XII. UMWELTBEREICH

Die Aufwendungen und Erträge für die Abfallwirtschaft, den öffentlichen Personennahverkehr, die Landschaftspflege, die Verwaltung des Gemeindeforstes und des Umweltamtes sind hier zusammengefasst. Zahlreiche Fließgewässer und erhebliche Naherholungs-, Forst- und Ackerflächen müssen verwaltet werden.

Zu den Einnahmen gehören die Müllgebühren, die Erlöse aus dem Altpapierverkauf, die Ackerpachten und die Holzverkäufe.

Bei den Aufwendungen sind die Kosten der Müllabfuhr, die Zuschüsse für die Förderung des Personennahverkehrs und die Aufwendungen für die Verwaltung des Gemeindeforstes durch das Forstamt in Langen enthalten.

Gerade auf Grund der Novellierung der Abfallgesetzgebung werden auf alle Kommunen in den nächsten Jahren Veränderungen zukommen. Somit wird das Jahr 2013 ein Jahr der Vorbereitung, vor allem die Ausschreibungen der Abfallabholung steht an.

Kostenaufstellung	2013
Personal- und Versorgungsaufwendungen	87.300 €
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	649.149 €
Abschreibungen	4.000 €
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	48.800 €
Steueraufwendungen und Aufwendungen aus Umlagen	600 €
Erträge	
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte / Gebühren	529.000 €
Privatrechtliche Leistungsentgelte	194.830 €
Kostenersatzleistungen und Erstattungen	43.550 €
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse	129.400 €
Erträge aus Transferleistungen	12.800 €
Sonstige ordentliche Erträge	2.600 €
Interne Leistungsverrechnung	
Aufwendungen für Leistungen der EDV, des Personalamtes und des Bauhofs	539.763 €
Gesamtkosten	1.329.612 €
Gedeckte Kosten	912.180 €
Zuschuss aus Steuern	417.432 €



XIII. FRIEDHÖFE

Aufgrund der Struktur der Gemeinde ist in jedem der beiden Ortsteile mindestens ein Friedhof vorhanden. Da es in Hessen den so genannten Friedhofszwang gibt, handelt es sich beim Bestattungswesen um eine gesetzliche Aufgabe für die Kommune, auf die nicht verzichtet werden kann.

Insgesamt unterhält die Gemeinde drei Friedhöfe, für die laufende Kosten entstehen, da auch auf dem „alten“ Friedhof in Zellhausen unverändert Bestattungen durchgeführt werden. Hier sollte die Gemeindevertretung noch im Jahr 2012 eine Regelung treffen.

Friedhöfe dienen der Erinnerung an unsere Verstorbenen, sie sind Plätze der Begegnung, der Besinnung und der Ruhe. Damit werden sie auch als öffentliche Grün- und Parkanlagen genutzt.

Alles zusammen erfordert einen enormen Kosten- und Pflegeaufwand. Da es sich um einen sogenannten Gebührenhaushalt handelt, besteht auch hier die Verpflichtung kostendeckend zu kalkulieren. Dies ist in diesem Bereich nicht umsetzbar, allerdings wird es zu Veränderungen bei den Ruhefristen und Gebühren kommen müssen.

Kostenaufstellung	2013
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	52.100 €
Abschreibungen	116.000 €
Sonstige ordentliche Aufwendungen	100 €
Erträge	
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte / Gebühren	70.000 €
Kostenersatzleistungen und Erstattungen	100 €
Erträge aus Transferleistungen	200 €
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	200 €
Interne Leistungsverrechnung	
Aufwendungen für Leistungen des Tiefbauamtes	8.192 €
Aufwendungen für Leistungen des Bauhofs	64.494 €
Gesamtkosten	240.886 €
Gedekte Kosten	70.500 €
Zuschuss aus Steuern	170.386 €

Für Reparaturmaßnahmen an den Friedhofshallen sind im Haushalt für 2012 rund 8.000 € vorgesehen.



GLOSSAR / BEGRIFFSERKLÄRUNGEN

Abschreibung, auch AfA (Absetzung für Abnutzung)
Werteverzehr eines abnutzbaren Wirtschaftsgutes innerhalb einer Periode (z.B. Monat oder Jahr) / Aufwand, der durch die Wertminderung bei langfristig genutzten Vermögensgegenständen verursacht wird. Wird durch die Verteilung der Anschaffungskosten auf die Nutzungsdauer ermittelt.

Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse
Freiwillige Zahlungen an Dritte aufgrund besonderer Vereinbarungen beispielsweise Vereinszuschüsse.

Außerordentliche Aufwendungen und Erträge
Aufwendungen und Erträge aufgrund von Vermögensveräußerungen oder besonderen nicht vorhersehbaren Vorkommnissen.

Außerplanmäßige Aufwendungen oder Auszahlungen
Aufwendungen und Auszahlungen, für die im Haushaltsplan kein Ansatz vorhanden ist.

Doppischer Haushalt (Doppik)
Haushaltsplan, der nach den Grundsätzen des neuen Rechnungssystems aufgestellt wurde.

Ergebnishaushalt
Geplantes / vorgesehenes Ergebnis, das alle Erträge und Aufwendungen eines Teilbereichs der Haushaltsplanung enthält.

Erträge aus Auflösungen von Sonderposten
Verteilung von Baukostenzuschüssen oder Beiträge der Bürger auf die Nutzungsdauer des mit Zuschüssen oder Beiträgen erworbenen Wirtschaftsgutes (z.B. Zuschüsse des Landes Hessen bei Kanalbauarbeiten oder dem Bau von Kindertagsstätten).

Erträge aus Transferleistungen
Zahlungen von anderen öffentlichen Bereichen an die Gemeinde.

Familienleistungsausgleich
Teil des Einkommensteueranteils, den die Gemeinde vom Land Hessen erhält.

Gesamtergebnishaushalt
Geplantes / vorgesehenes Ergebnis, das alle Erträge und Aufwendungen aller Bereiche der Haushaltsplanung enthält.

Gewerbesteuermulage
Teil der Gewerbesteuererinnahmen, die die Gemeinde an das Land abführen muss.

Haushaltssatzung
Zusammenfassung der wichtigsten Eckdaten des Haushaltes wie z. B. die Summe der Erträge und die Höhe der Kreditaufnahmen.

Haushaltssicherungskonzept / Haushaltskonsolidierung
Verzeichnis der Maßnahmen, die zu einer Erhöhung der Einnahmen oder Verminderung der Ausgaben jetzt oder in Zukunft führen werden.

Hebesätze
Von der Gemeinde festgelegter Hundertsatz, der auf den von der Finanzbehörde festgestellten Meßbetrag bei der Berechnung der Grund- und Gewerbesteuer angewandt wird.

HGO
Hessische Gemeindeordnung (Landesrecht).

Investitionshaushalt
Teil des Haushaltsplanes, in dem die Investitionen verzeichnet sind.

Kommunalaufsicht
Vorgesetzte Behörde, die getroffene Entscheidungen der Gemeindegremien überwacht und ggf. auch aufheben oder ändern kann.

Kostenersatzleistungen und Erstattungen
Erträge, die durch Dritte der Gemeinde aufgrund von überregionalen Vereinbarungen z. B. mit dem Land Hessen oder anderen vertraglichen Regelungen zufließen.

Kreis- und Schulumlage
Beachtlicher Teil des kommunalen Steueraufkommens, der nach den Regelungen des Finanzausgleichsgesetzes an den Kreis zur Finanzierung dessen Aufgaben gezahlt werden muss.

Länderfinanzausgleich
Gesetzliche Regelung, anhand der durch die Erhebung von Umlagen oder Zahlung von Zuweisungen nahezu gleichartige Lebensbedingungen in einem bestimmten Bereich geschaffen werden sollen.

Mindestverordnung
Regelungen im Kindergartenbereich hinsichtlich des Verhältnisses von Kindern einer bestimmten Altersgruppe zum Betreuungspersonal.

Ordentliche Aufwendungen
Aufwendungen, die regelmäßig aufgrund des Geschäftsbetriebes anfallen.

Ordentliche Erträge
Erträge, die regelmäßig aufgrund des Geschäftsbetriebes anfallen.

Schlüsselzuweisungen
Zahlungen des Landes Hessen an die Kommunen, deren Höhe sich nach dem Steueraufkommen und der Einwohnerzahl der Kommune berechnet.

Teilbudget
Zusammenfassung von Aufwendungen oder Erträgen aus bestimmten Bereichen der Haushaltsplanung zu einer Summe.

Umlagen
Zahlungen an Dritte nach einem zuvor bestimmten Berechnungsmodus z. B. der Einwohnerzahl der an der Nutzung der Einrichtung beteiligten Kommunen.

BETEILIGUNGSWEGE UND BETEILIGUNGSZEITRAUM

Liebe Mitbürgerin, lieber Mitbürger,

jetzt sind Sie gefragt!

Durch die Einführung des Bürgerhaushaltes haben Sie die Möglichkeit „unser Mainhausen mit zu gestalten“. Ihre Meinung ist uns wichtig und mit Ihren Vorschlägen und Anregungen wird sich das Gemeindeparlament beschäftigen.

Bitte geben Sie uns, der Gemeindeverwaltung, den nachfolgenden Vordruck mit Ihrem Namen, Ihrer Anschrift und Ihrem Vorschlag / Ihrer Anregung, bis zum **15. September 2012**, zurück.

Hierbei ist die Angabe des Absenders wichtig, um bei eventuellen Rückfragen, mit Ihnen in Kontakt treten zu können.

Des Weiteren wollen wir Sie gern persönlich über den Verlauf der Beratungen bzw. das Ergebnis informieren.

Wir werden Ihre Vorschläge und Anregungen in eine sogenannte „Bürgermeistervorlage“, also anonym, den gemeindlichen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung vorlegen.

Für die Beratung ist eine Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses im September 2012 vorgesehen. Die abschließende Beratung zum Haushaltsplanentwurf und zu den Änderungsanträgen ist für die Gemeindevertretersitzung am 8. November 2012 geplant. Sie finden diese Broschüre, den Haushaltsplanentwurf 2013, die Einbringungsrede der Bürgermeisterin und das vorbereitete Formular im Internet unter www.mainhausen.de in der Rubrik „Rathaus & Politik, Bürgerservice“ unter dem Menüpunkt „Bürgerhaushalt“.

Die bei uns eingehenden Vorschläge, also Ihre Ideen und Anregungen, werden wir dann ebenfalls auf der Homepage, anonym und mit einer Bewertungsmöglichkeit, veröffentlichen.

Bitte beobachten Sie diese Rubrik auf der Homepage und geben Sie auch Ihre Meinung zu anderen Vorschlägen ab.

Wir bitten Sie an dieser Stelle nochmals sehr herzlich, nehmen Sie die Chance zur Mitgestaltung wahr und beteiligen Sie sich mit Anregungen und Vorschlägen oder der Bewertung anderer Ideen auf der Homepage.

ZEITPLAN: EINBRINGUNG - BÜRGERINFORMATION - BESCHLUSSFASSUNG

Einbringung des Haushaltsplanentwurfes in die Gemeindevertretung durch die Bürgermeisterin	26. Juni 2012
Vorstellung des Bürgerhaushaltes durch die Broschüre Informationsveranstaltung für interessierte Bürgerinnen und Bürger	August 2012 30. August 2012
Erste Lesung des Haushaltsplanentwurfs durch die Ausschüsse der Gemeindevertretung	28. August 2012
Beratung des Haushaltsplanentwurfs und der Bürgervorschläge in den Ausschüssen der Gemeindevertretung	September 2012
Beschlussfassung zum Haushaltsplan durch die Gemeindevertretung	8. November 2012

FRAGEBOGEN

Bitte geben Sie je Vorschlag ein Formular in einem der Rathäuser ab oder senden Sie diesen Vorschlag als Fax an 8900-77 oder per Mail an r.disser@mainhausen.de.

(Diese Bitte dient einer möglichst einfachen Handhabung Ihrer Vorschläge.)

Gern sehen wir vielen, verschiedenen Vorschlägen von Ihnen, jeweils auf einem Vordruck, entgegen.

Zum Haushaltsplanentwurf 2013 habe ich folgende Anregung / folgenden Vorschlag:

Teilbudget: _____

Vorschlag: _____

Im Weiteren möchten wir Ihre Meinung zum Bürgerhaushalt allgemein und zu dieser Broschüre wissen. Daher bitten wir Sie, hier das für Sie zutreffende anzukreuzen:

Die Einführung des Bürgerhaushaltes finde ich

- ☐ Gut
- ☐ Weniger gut
- ☐ Umständlich
- ☐ Nicht gut

Die Broschüre zum Bürgerhaushalt ist

- ☐ Gut
- ☐ Informativ und gut erläutert
- ☐ Weniger gut
- ☐ Zu lang/Zu kurz
- ☐ Nicht gut

Für künftige Bürgerhaushalte sollte Folgendes im Verfahren geändert werden:

Vorschlag: _____

Gemeinde Mainhausen
Ruth Disser
Rheinstraße 3
63533 Mainhausen